

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 45

vom 22. November 2013
Redaktion: Katja Richardt

Soziales, Arbeit, Familie und Integration

Faire Löhne für ein selbstbestimmtes Leben	2
Trend zur Einbürgerung in Hamburg hält an	4

Gesundheit und Verbraucherschutz

Nicht jedes Spielzeug für kleine Kinder ist ausreichend sicher	6
--	---

Schule, Jugend und Berufsbildung

Schulentwicklungsplan für berufsbildende Schulen beschlossen	8
--	---

Umwelt/Energie

Wilhelmsburger Appell zur Energiewende	13
--	----

Wissenschaft und Forschung

Neubau einer Kinderklinik am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf	14
Hamburger Wissenschaftspreis 2013 verliehen	15

Haushalt und Finanzen

November-Steuerschätzung 2013	18
-------------------------------------	----

Kultur

Sanierung der Nordhalle der Deichtorhallen	20
--	----

18. November 2013/basfi18

Faire Löhne für ein selbstbestimmtes Leben

„Hamburger Budget für Arbeit“ - erfolgreiches erstes Projektjahr

Seit November 2012 haben insgesamt 43 Menschen mit Behinderungen bei 39 Hamburger Unternehmen einen Job im allgemeinen Arbeitsmarkt gefunden. Bis auf eine Ausnahme hatten sie vorher in einer Werkstatt für behinderte Menschen gearbeitet. Möglich wurde der Jobwechsel durch das Hamburger Budget für Arbeit, einer Maßnahme im Rahmen des Hamburger Aktionsplanes zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen.

„Menschen mit Behinderungen werden häufig aufgrund ihrer Besonderheit immer noch anders behandelt, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Das Hamburger Budget für Arbeit ermöglicht es ihnen, einen Job auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden und so ein selbstbestimmtes Arbeitsleben zu führen. Es reicht nicht aus, nur Barrieren abzubauen. Wir müssen und können mehr tun, damit der Gedanke der Inklusion auch im Arbeitsalltag gelebt wird. Ich freue mich, dass bereits nach einem Jahr 39 Hamburger Unternehmen am Projekt teilnehmen und Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt beschäftigen“, sagt **Senator Detlef Scheele**.

Bei der Firma J.J.Darboven hat sich Senator Scheele einen Eindruck vom Erfolg und der konkreten Umsetzung des Modellprojektes in einem Unternehmen verschafft.

„Wir beschäftigen bereits seit vielen Jahren Menschen mit Behinderungen, denn wir sehen uns in der unternehmerischen Verantwortung, Menschen, die schwierige Startchancen haben zu integrieren und zu fördern“, so **Albert Darboven**. „Das Modellprojekt sorgt nun zusätzlich dafür, dass die letzte Barriere zur Gleichberechtigung am Arbeitsplatz fällt. Anders als bei den Außenarbeitsgruppen der Werkstätten sind die Beschäftigten direkt bei uns angestellt und können sich so stärker als bisher mit den Kollegen, dem Unternehmen J.J.Darboven und dem geschaffenen Produkt identifizieren. Wir haben gemerkt, dass sich dies sehr positiv auf das gesamte Betriebsklima auswirkt.“

Im Gespräch wurde deutlich, dass die Inklusion am Arbeitsplatz leichter gelingt, wenn die Beschäftigten zuvor in einer Außenarbeitsgruppe der Werkstätten für behinderte Menschen tätig waren. „Ziel der Werkstätten ist die Qualifizierung und Eingliederung in den beruflichen Alltag. Im Mittelpunkt stehen dabei die individuelle Berufswegeplanung und die Stärkung der Persönlichkeit. Auch ein Einsatz außerhalb der Werkstätten in Außenarbeitsgruppen oder auch auf Einzelarbeitsplätzen in Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes gehört deshalb zum Qualifizierungsprogramm“, erklärt **Rolf Tretow**, Geschäftsführer der Elbe-Werkstätten. Eine Beschäftigung im Rahmen des Hamburger Budgets für Arbeit schließt sich im Idealfall als nächster konsequenter Schritt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt an.

Senator Scheele: „Ein erfolgreiches erste Projektjahr ist kein Grund, sich auszuruhen. Ich appelliere an die Hamburger Unternehmen, sich für die gleichberechtigte Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu öffnen und am Hamburger Budget für Arbeit teilzunehmen.“

Hintergrundinformationen

Die 11 Frauen und 32 Männer, die im Hamburger Budget für Arbeit seit November 2013 in 39 Hamburger Unternehmen beschäftigt sind, waren zuvor durchschnittlich 4,75 Jahre in Behindertenwerkstätten beschäftigt. Es handelt sich um 3 qualifizierte Arbeitnehmer/innen und um 40 ungelernete oder angelernte Beschäftigte. Der durchschnittliche Stundenlohn im neuen Arbeitsverhältnis liegt über 8,50 Euro. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit liegt bei 33 Stunden.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration bezuschusst die Löhne der Beschäftigten, die jeweils sozialversicherungspflichtig in einem Unternehmen angestellt sind. Darüber hinaus finanziert die Sozialbehörde berufliche Assistenzleistungen, die während des Arbeitsverhältnisses bestehen bleiben. Auf Basis der Erfahrungen des zunächst auf zwei Jahre begrenzten Modellprojekts kann das Projekt dauerhaft etabliert werden.

Ansprechpartner zur Beratung sind die Elbe-Werkstätten, Alsterarbeit, Hamburger Arbeitsassistenten und das Arbeitsintegrationsnetzwerk ARINET. Ähnliche Modellprojekte gibt es bereits in Niedersachsen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Weiterführende Informationen über das Modellprojekt finden Interessenten unter www.hamburg.de/hamburger-budget-fuer-arbeit

Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Marcel Schweitzer | Pressesprecher
T +49 428 63 – 2889 | M +49 160 88 12 567
marcel.schweitzer@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

18. November 2013/pr18

Trend zur Einbürgerung in Hamburg hält an

Einbürgerungsfeier im Rathaus: Bürgermeister Scholz plädiert für die Abschaffung des Optionszwangs im Staatsangehörigkeitsrecht

Der Trend zur Einbürgerung in Hamburg ist ungebrochen. Bis zum 31. Oktober 2013 haben im laufenden Jahr 6082 Personen in der Hansestadt die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatten sich bereits 4626 Hamburgerinnen und Hamburger mit ausländischer Staatsangehörigkeit einbürgern lassen. In den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres lag die Zahl der Einbürgerungen damit bereits deutlich über der Zahl für das gesamte Vorjahr. Im ganzen Jahr 2012 hatten die Behörden 5736 Personen eingebürgert. Die Hauptherkunftsländer der neu Eingebürgerten sind die Türkei, Afghanistan und Iran.

„Für ein Land, für eine Stadt kann es kein schöneres Kompliment geben, als dass die Bewohner sich darin zuhause und gut aufgehoben fühlen“, sagte Hamburgs Erster Bürgermeister am Montag bei der vierten Einbürgerungsfeier dieses Jahres im Hamburger Rathaus. Es sei für Hamburg ein Kompliment, „dass sie diesen Ort als ihren persönlichen Hafen betrachten und sich mit Deutschland so identifizieren, dass sie sich ganz und gar dazu bekennen und ein gleichberechtigter Teil der Gemeinschaft werden wollen“. Rund 600 Gäste – sowohl Eingebürgerte als auch ihre Familien und Freunde – waren ins Rathaus gekommen.

Scholz sprach sich in seiner Rede dafür aus, die Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht abzuschaffen. „Junge Leute, die in Deutschland geboren sind, sollten nicht mehr mit Erreichen der Volljährigkeit vor die Entscheidung gestellt werden, deutsche Staatsangehörige zu bleiben oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern aufzugeben. Das muss sich bald ändern. Denn während bis Ende vorigen Jahres 445 junge Frauen und Männer „optionspflichtig“ geworden sind – sich also entscheiden mussten - werden es ab 2017 sehr viele mehr sein, weil sie dann die kritische Altersgrenze erreichen.“ Hamburg habe deshalb gemeinsam mit anderen Ländern im Juli 2013 im Bundesrat einen entsprechenden Gesetzesentwurf beschlossen. „Wenn es nach uns ginge, würden wir auch die doppelte Staatsbürgerschaft für Bewerber, die keine EU-Bürger sind, einführen“, sagte Hamburgs Erster Bürgermeister. Immerhin würden in Hamburg bereits heute fast 60 Prozent der

Antragstellerinnen und Antragsteller als so genannte „mehrstaatige“ eingebürgert. „Es wird Zeit, dass wir für alle diese Hürde abbauen“, sagte Scholz.

Er betonte, jeder, der die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt, erhalte von der Stadt alle nur denkbare Unterstützung. „Wir wollen Mut machen, „Ja“ zur deutschen Staatsangehörigkeit zu sagen und sich auf das Einbürgerungsverfahren einzulassen. Dieses Verfahren ist sicher nicht in allen Punkten ganz einfach. Aber Sie können es ja aus eigener Erfahrung bestätigen: Es lässt sich bewältigen. So wie Sie ja auch die Deutsche Sprache mit Bravour erlernt und gemeistert haben.“

Seit Dezember 2011 wirbt Hamburg für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft. Von den rund 137.000 Hamburgerinnen und Hamburgern ohne deutschen Pass, die die zeitlichen und aufenthaltsrechtlichen Mindestvoraussetzungen erfüllten, hat der Erste Bürgermeister bis Ende Juni dieses Jahres rund 75.000 Bürgerinnen und Bürger angeschrieben und zur Einbürgerung ermutigt.

„Ich freue mich sehr, dass mehr Personen eingebürgert worden sind als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch die Zahl der Einbürgerungsanträge ist weiter gestiegen“, sagte Scholz. Er nutzte die Gelegenheit, „den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Einwohner-Zentralamtes ein Dankeschön auszusprechen. Durch ihre offene und herzliche Kooperation mit unseren Einbürgerungslotsen spielen sie eine Vorreiterrolle“, sagte Scholz. Und an die eingebürgerten Hamburgerinnen und Hamburger im Großen Festsaal des Hamburger Rathauses: „Es ist schön, dass Sie hier sind. Sie alle sind uns als Deutsche in Hamburg herzlich willkommen.“

Rückfragen:
Christoph Holstein
Senatssprecher
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
Tel.: 040 / 428 31 22 44
Mobil: 0170 / 288 18 09
E-Fax: 040 / 4279 15 143
Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

22. November 2013/bgv22

Nicht jedes Spielzeug für kleine Kinder ist ausreichend sicher

Verbraucherschutzbehörde findet bei 16 von 50 Produkten Mängel

Verschluckbare Kleinteile, die sich lösen können, oder Griffe, die ein Verletzungsrisiko darstellen: Viele Spielzeuge für kleine Kinder unter drei Jahren entsprechen nicht den geltenden Sicherheitsnormen. Das hat eine Untersuchung der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) ergeben. 16 der 50 überprüften Spielzeuge wiesen schwere Mängel auf und wurden daraufhin auf Initiative der Behörde vom Markt genommen.

Bei der öffentlichen Diskussion um sicheres Spielzeug steht oft die Belastung mit Schadstoffen im Vordergrund. Gerade bei Kindern unter drei Jahren muss aber auch auf die Stabilität und die Abmessungen geachtet werden, um beispielsweise Gefahren durch Verschlucken zu verhindern. Das Referat Produktsicherheit der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz hat deshalb 50 Spielzeuge aus Holz und Kunststoff für Kinder unter drei Jahren auf Fall-, Druck- und Schlagfestigkeit sowie auf Stoßsicherheit bei akkreditierten Prüfstellen untersuchen lassen. 16 Spielzeuge, also fast jedes dritte, genügten den Anforderungen der Spielzeugnorm EN 71 und damit der geltenden Spielzeugrichtlinie nicht. Bei ihnen lösten sich während der Prüfungen Teile ab, die so klein waren, dass Kinder sie verschlucken könnten. Das könnte im schlimmsten Fall zu schweren Verletzungen des Magen-Darm-Traktes oder gar zum Erstickten führen. In einem Fall war bei einer Rassel zudem der Griff so lang, dass die Gefahr bestand, dass sich kleine Kindern unter 18 Monaten an diesem Griff verletzen könnten.

In allen 16 Fällen untersagte die BGV den Verkauf bzw. die Einfuhr oder der Händler bzw. Importeur nahm auf Anraten der Behörde sein Produkt freiwillig vom Markt. In zehn Fällen wurde der Vorgang zusätzlich an die für den Hersteller oder Importeur zuständige Marktüberwachungsbehörde weitergeleitet.

Die Behörde rät Verbraucherinnen und Verbrauchern, die Zweifel haben, ob ein Spielzeug für ihr unter drei Jahre altes Kind stabil genug ist, selbst einen einfachen Test vorzunehmen: Sie sollten das Spielzeug aus ca. einem Meter Höhe auf einen festen Boden fallen lassen. Dabei dürfen sich keine kleinen Teile ablösen, die ein Kind verschlucken könnte. Auch durch das Ziehen an Kleinteilen, wie beispielsweise angenähten Ohren von Stofftieren, dürfen sich keine Teile lösen oder Nähte öffnen.

Dadurch bestände das Risiko, dass Füllmaterial freigesetzt wird. Bei Holzspielzeugen mit filigranen Teilen (z.B. Ringen aus Holz) sollte speziell überprüft werden, ob sie sich leicht zerbrechen oder vom übrigen Spielzeug lösen lassen.

Weitere umfangreiche Informationen zu umweltfreundlichem, sicherem und kindgerechtem Spielzeug sind in der Broschüre „Ene Mene Miste, was rappelt in der Spielzeugkiste?“ zusammengestellt, die bei der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz per E-Mail unter publikationen@bgv.hamburg.de bzw. telefonisch unter 040-428.37- 2368 zu bestellen ist sowie im Internet unter der Adresse <http://www.hamburg.de/veroeffentlichungen/> heruntergeladen werden kann.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

21. November 2013/bsb21

Schulentwicklungsplan für berufsbildende Schulen beschlossen

Neue Entwicklungsperspektiven sichern hochwertige Berufsbildung für Hamburger Fachkräfte

Am 20. November hat die Deputation der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) den Schulentwicklungsplan für berufsbildende Schulen beschlossen. Er sichert in den nächsten Jahren die Entwicklungsperspektive der berufsbildenden Schulen in Hamburg und dient dem Ziel, deren Leistungsfähigkeit hinsichtlich der beruflichen und gesellschaftlichen Integration junger Erwachsener weiter zu steigern. Damit konnte ein Prozess erfolgreich abgeschlossen werden, der von breiter frühzeitiger Beteiligung aller Partner in der beruflichen Bildung getragen war.

Schulsenator Ties Rabe: „Ich danke allen Akteuren, die zum Gelingen des Schulentwicklungsplans beigetragen haben. Dieser Schulentwicklungsplan stärkt die Berufsbildung in Hamburg und er ist wichtig, um den zukünftigen Fachkräftebedarf für den Wirtschaftsstandort Hamburg zu sichern. Jungen Menschen eröffnet er Chancen und Perspektiven als gut ausgebildete qualifizierte Fachkräfte. Bis Ende 2017 führen wir die bisher 44 Schulen zu 32 Schulen zusammen. Dadurch schaffen wir zukunftsfähige Schulen und bündeln Ausbildungsgänge fachlich sinnvoll, die bisher auf mehrere Schulen aufgesplittert waren. Alle Bildungsangebote bleiben in Hamburg in vollem Umfang erhalten und die Schulen bekommen eine vernünftige Größe. Dringend nötige Schulneubauten und Renovierungen werden entsprechend dem Schulentwicklungsplan bedarfsgerecht und koordiniert durchgeführt.“

Hans-Jörg Schmidt-Trenz, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg: „Der Schulentwicklungsplan steht nicht nur für die Konzentration von Kompetenzen an den Schulstandorten, sondern auch für eine wirtschaftsnahe Weiterentwicklung der selbstverantworteten Schule.“

Frank Glücklich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Hamburg, erklärt: „Die beruflichen Schulen bilden zusammen mit der Ausbildung im Betrieb die Basis des dualen Systems in Deutschland. Die Leistungsfähigkeit dieser tragenden Säule ist von großer Bedeutung für den Erfolg des Gesamtsystems. Das Hamburger Institut für Berufliche Bildung hat sich mit der vorliegenden Schulentwicklungsplanung vorgenommen, die Leistungsfähigkeit der beruflichen Schulen auf Jahre hinaus zu erhalten und zu steigern. Das war aus Sicht des Hamburger Handwerks ein richtiger und wichtiger Schritt, den wir von Anfang an eng begleitet haben. Eine Ausbildung im Handwerk ist eine exzellente Ausgangsposition für eine berufliche Karriere.“

Katja Karger, Vorsitzende des DGB Hamburg, betont: „Der Schulentwicklungsplan, die Reform im Übergangssystem Schule-Beruf, die Weiterentwicklung der Studien- und Berufsorientierung – all diese Veränderungen sind positiv zu bewerten, stellen aber für die Beschäftigten große Herausforderungen dar. Aus Gewerkschaftssicht ist uns wichtig, dass die Kolleginnen und Kollegen bei der Umsetzung mitgenommen und beteiligt werden. Hierzu gehört auch, dass die durch die Schulentwicklungsplanung entstehenden Synergieeffekte im System verbleiben und für eine qualitative Weiterentwicklung der beruflichen Bildung genutzt werden. Auch hoffen wir, dass die Schaffung von Verwaltungsleitungen die Schulleitungen entlasten und den bisherigen Schulsekretärinnen eine Möglichkeit zur beruflichen Entwicklung bieten wird.“

Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbands Nord, lobt: „Hamburg ist nicht nur weiter auf einem richtigen Weg, sondern setzt weitere Maßstäbe. Folgerichtig wird heute nach der Reform der beruflichen Bildung, dem Schulentwicklungsplan der allgemeinbildenden Schulen, der selbige auch für die berufsbildenden Schulen veröffentlicht. Die Arbeitgeber der Stadt stehen hinter dem Schulentwicklungsplan, er ist tragfähig für die Zukunft und fachlich schlüssig. Die breite fachliche Einbindung auch und gerade der Wirtschaft bildet ein Fundament für beste Perspektiven aller betroffenen jungen Menschen unserer Stadt.“

Der Schulentwicklungsplan für die berufsbildenden Schulen baut auf der Reform der beruflichen Bildung, dem Schulentwicklungsplan für die allgemeinbildenden Schulen in Hamburg sowie den baulichen Neuerungen durch die sogenannte HIBB-Tranche auf. Er berücksichtigt unter anderem die grundlegenden Reformmaßnahmen z.B. im Übergangssystem und die daraus resultierenden veränderten Schülerzahlen. Des Weiteren bezieht er die Stärkung des Fachberufsschulprinzips, die Weiterentwicklung von Schulen, deren Größe und Funktionalität sowie regionale Aspekte mit ein.

Im Juni hatte die Behörde für Schule und Berufsbildung den Referentenentwurf zur Schulentwicklungsplanung vorgelegt und an die Schulen und Gremien mit der Bitte um Stellungnahme verschickt. In einem gestuften Rückmeldeverfahren gingen im Anhörungszeitraum mehr als 70 Stellungnahmen von Schulvorständen, Lehrerkonferenzen, Bezirksversammlungen, dem Kreisschülerrat, Verbänden sowie der Eltern- und Lehrerkammer, dem Kuratorium des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung, dem Deutschen Gewerkschaftsbund usw. ein. Alle Stellungnahmen wurden geprüft. Dieser Beteiligungsprozess war sehr sinnvoll und wurde ernstgenommen. Auf Basis sorgfältiger Abwägungen – jede einzelne Schule sowie das gesamte berufsbildende System betreffend - flossen in den nun vorgelegten Schulentwicklungsplan deswegen folgende wesentlichen Änderungen ein:

Statt 31 entstehen 32 Schulen

Der Schulentwicklungsplan sieht vor, dass bis zum Jahr 2017 aus derzeit 44 berufsbildenden Schulen 32 Schulen zusammengeführt werden sollen. Entgegen der Planung im Referentenentwurf werden die Staatliche Fachschule für Sozialpädagogik Wagnerstraße (FSP 1) und die Berufliche Schule Uferstraße (W 2) nicht fusionieren, sondern ihre Kooperation weiter ausbauen. Damit berücksichtigt die BSB Stellungnahmen zur ursprünglich vorgesehenen Fusion. Diese sagen übereinstimmend, dass die vorhandenen Möglichkeiten einer integrativen Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf an der W 2 elementar mit der Ausbildung der Hauswirtschaft verbunden seien. Laut Schulentwicklungsplan soll die Hauswirtschaft daher nicht aus der W 2 verlagert und die Schule im

Kern nicht zu einer Sozialpädagogischen Schule umgestaltet werden. Somit ist zum derzeitigen Zeitpunkt keine Fusion der W 2 und FSP 1 vorgesehen, sondern sie wird zu einem späteren Zeitpunkt erneut geprüft werden. Für die sozialpädagogischen Bildungsgänge der FSP 1 am Standort Wagnerstraße/Uferstraße werden ausreichend Unterrichtsflächen zur Verfügung gestellt.

Umsetzung des Schulentwicklungsplans ab 2014

Senator Rabe: „Auf Grundlage des Schulentwicklungsplans werden nun die nötigen Baumaßnahmen an den einzelnen Standorten konkretisiert. Bereits seit 2012 werden im Rahmen der sogenannten HIBB-Tranche 18 statt ursprünglich 15 besonders sanierungsbedürftige berufsbildende Schulen mit einem Bauvolumen von 300 Millionen Euro saniert oder neu gebaut. Darauf baut der Schulentwicklungsplan auf. Insgesamt werden wir bis 2024 mehr als 676 Millionen Euro für den Schulbau der berufsbildenden Schulen investieren.“

Die beschlossenen Bildungsgangverlagerungen sollen ab dem Schuljahr 2014/15 beginnen und in Absprache mit den Schulaufsichten, den Schulleitungen und Ausbildungsbetrieben im Rahmen der jährlichen Schulorganisation umgesetzt werden.

Dem Leitgedanken des Hamburger Senats - „Keiner soll verloren gehen“ - folgend, berücksichtigt der Schulentwicklungsplan ebenfalls das Prinzip der Inklusion in der beruflichen Bildung. Die individuelle Förderung für Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf soll in inklusiven Strukturen innerhalb bestehender Berufsbildungsangebote im Übergangssystem, in der Ausbildungsvorbereitung und beruflichen Ausbildung stattfinden und nicht in Sondermaßnahmen oder Sondereinrichtungen. Nach der Erprobung und dem Ausbau inklusiver Strukturen in der beruflichen Bildung werden bestehende Strukturen zu einem späteren Zeitpunkt nochmals überprüft.

Elf neue berufsbildende Schulen entstehen

Bis 2017 sollen 23 bestehende berufsbildende Schulen zu elf neuen Schulen fusionieren. Dabei bleiben alle Bildungsangebote in vollem Umfang bedarfsgerecht erhalten. Es entstehen leistungsfähige Schulen, in denen durch Sanierungen und Neubauten moderne flexible Raumkonzepte und Unterrichtsräume realisiert werden, die individualisiertes und lernfeldorientiertes Lernen ermöglichen. Durch optimierte Größen werden die Schulen in die Lage versetzt, ein qualitativ und quantitativ hochwertiges Bildungsangebot bereitzustellen und ihre Entwicklungsaufgaben mit angemessener Stundenausstattung wahrzunehmen. Die Fusionen werden so gestaltet, dass sich die Schulen mit ihren Stärken einbringen können, Berufe an einem Standort gebündelt werden und eine Mindestzügigkeit der Bildungsgänge gewährleistet wird.

Rainer Schulz, Geschäftsführer des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung: „Die meisten dieser Schulen haben sich bereits im Vorfeld gemeinsam auf den Weg gemacht und begrüßen die Fusionen, weil sie ihnen auch in Zukunft eine tragfähige und fachlich sinnvolle Bildungsgangstruktur garantieren. Wir werden den Schulen die notwendige Unterstützung und Ressourcen geben sowie externe Begleitung ermöglichen, damit die anstehenden Fusionen und Bildungsgangverlagerungen gut gelingen können. Das gilt zum einen für schulinterne Prozesse, wie die Entwicklung eines gemeinsamen Qualitätsmanagement, die Schulorganisation oder das Entstehen einer gemeinsamen

Schulkultur. Zum anderen betrifft es beispielsweise den Schulbau oder die verwaltungstechnische Umsetzung der Fusion.“

Geplant sind für das Jahr 2015 drei neue berufsbildende Schulen, vier neue Schulen in 2016 und weitere vier Fusionen in 2017:

Drei neue Schulen starten in 2015

- In der **Budapester Straße** entsteht eine Schule für Banken, Versicherungen und Recht, in der die Kompetenzen dreier berufsbildender Schulen zusammengeführt werden.
- An den Standorten **Schlankreye und Lutterothstraße** entsteht aus zwei Schulen eine berufsbildende Schule für Immobilien- und Industriekaufleute und Steuerfachangestellte.
- Am Standort **Eulenkamp** entsteht eine Schule für Berufe der Medienbranche und Fremdsprachen, die einen weiteren Schwerpunkt in der Berufsvorbereitung für Migrantinnen und Migranten hat.

Vier neue Schulen starten in 2016

- Am Standort **Burgstraße/Hinrichsenstraße** werden alle Pflegeberufe, die an staatlichen berufsbildenden Schulen in Hamburg unterrichtet werden, in einer Schule zusammengefasst. Des Weiteren werden dort Kosmetikberufe und Frisörinnen bzw. Frisöre ausgebildet.
- In Wilhelmsburg entsteht am Standort **Dratelstraße** aus der Fusion zweier berufsbildender Schulen eine (metall-)technische Schule, in der sich duale und vollschulische Bereiche sinnvoll ergänzen. Hier werden z.B. Anlagenmechaniker/innen, Behälter- und Apparatebauer/innen, Klempner/innen sowie Technische Produktdesigner/innen ausgebildet. Die Schule wird mit modernen, hoch spezialisierten Lernfeld- und Werkstatträumen ausgestattet, die in enger Kooperation auch mit der Innung für Sanitär- Heizungs- und Klimatechnik geplant werden.
- In Harburg entsteht am Standort **Göhlbachtal** eine moderne berufsbildende Schule für Sozialpädagogik und Handel. Die Schule hat einen bedeutenden Schwerpunkt mit allen Bildungsgängen im Bereich Sozialpädagogik. Des Weiteren sind dort die duale Ausbildung für Bürokaufleute und Berufliche Gymnasien der Fachrichtung Wirtschaft sowie Pädagogik und Psychologie angesiedelt. Damit wird der Berufsschulstandort Harburg durch die Fusion von zwei berufsbildenden Schulen und das regionale Angebot der Beruflichen Gymnasien deutlich gestärkt.
- Bergedorf erhält durch die Fusion zweier Schulen am Standort Billwerder Billedeich eine berufsbildende Schule mit tragfähiger Bildungsgangstruktur, indem duale und vollschulische Bildungsgänge mit einer Berufsvorbereitungsschule zusammengeführt werden. Die Berufsschule wird u.a. angehende Kaufleute für Büromanagement ausbilden.

Vier neue Schulen starten in 2017

- Im Stadtteil Hamm entsteht am Standort **Sorbenstraße** eine berufsbildende Schule für Logistikberufe mit einem zweiten Schwerpunkt in der Berufsvorbereitung. Eine der beiden fusionierenden Schulen (Staatliche Gewerbeschule Werft und Hafen) ist derzeit unter beengten Bedingungen untergebracht. Für die neue Schule wird durch die Fusion ausreichend Platz für Fach- und Lernfeldräume bereitgestellt.
- In der **Anckelmannstraße** soll aus derzeit vier einzelnen Schulen ein modernes Einzelhandelszentrum mit zwei Schulen entstehen, in denen alle Kaufleute im Einzelhandel an

einem Standort unterrichtet werden. Auf Grund der Größe des Zentrums sollen die beiden neuen Schulen organisatorisch getrennt sein, jedoch eng miteinander kooperieren.

- In der City Nord entsteht am Standort **Tessenowweg** eine neue Berufsschule für kaufmännische Berufe in den Bereichen Büro, Informatik, Veranstaltungen, Gesundheitswesen, Sport und Fitness, ergänzt durch eine Höhere Handelsschule und ein Berufliches Gymnasium. Die bisherige Berufliche Schule Bramfelder See (H 20) wird im Zuge des Neubaus der Stadteilschule Steilshoop ihren Standort aufgeben und nach Vollendung eines Zubaus im Tessenowweg mit der Beruflichen Schule für Wirtschaft und IT City Nord (H 7) fusionieren.

Rückfragen der Medien:

Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)

Dr. Angela Homfeld, Leitung Öffentlichkeitsarbeit
Tel. (040) 42863 – 2842

E-Mail: angela.homfeld@hibb.hamburg.de

Internet: www.hibb.hamburg.de

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 42863 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

21. November 2013/bsu21

Wilhelmsburger Appell zur Energiewende

Konferenz von Nordenergieministern und Gewerkschaften spricht sich für Planungssicherheit beim Ausbau der Windenergie aus

Die für Energiepolitik und Energiewende zuständigen norddeutschen Minister und Senatoren haben gestern in Hamburg-Wilhelmsburg gemeinsam mit den Gewerkschaften an die künftige Bundesregierung appelliert, die Rahmenbedingungen für Windenergie an Land und in Nord- und Ostsee als einen zentralen Baustein der Energiewende weiter auszubauen.

Auf Einladung von Senatorin Jutta Blankau trafen sich gestern die Energieminister und Senatoren der norddeutschen Länder mit den Spitzen der in diesem Bereich tätigen Gewerkschaften. Anwesend waren Minister Stefan Wenzel (Niedersachsen), Senator Dr. Joachim Lohse (Freie Hansestadt Bremen) sowie Berit Jordan (ver.di Nord), Thies Hansen (ver.di Hamburg), Uwe Polkaehn (DGB Nord), Ralf Becker (IG BCE) und Heino Bade (IG Metall Küste). Minister Volker Schlotmann (Mecklenburg-Vorpommern) stimmte dem Wilhelmsburger Appell zu.

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau: „Dieser energiepolitische Dialog bietet die Chance, die Energiewende in einem großen, strategischen Rahmen zu diskutieren. Ich begrüße den Wilhelmsburger Appell als klares Bekenntnis zur Offshore Windenergie und der damit verbundenen Wertschöpfungskette, die übrigens weit über Norddeutschland hinausreicht.“

Vorsitzender DGB Nord, Uwe Polkaehn: "Wir sind der festen Überzeugung, dass durch die Energiewende, vor allem durch die Nutzung der Windenergie, zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Diese müssen dem Leitbild der "Guten Arbeit" entsprechen. Der Norden würde davon in besonderer Weise profitieren. Diese Chance darf jetzt nicht vertan werden."

Die Konferenz verständigte sich auf den „Wilhelmsburger Appell zur Energiewende“ mit den Schwerpunkten Windenergie Onshore/Offshore, Beschäftigungssituation in der Energiewirtschaft, Energieintensive Unternehmen und Konventioneller Kraftwerksmarkt. Der „Wilhelmsburger Appell zur Energiewende“ ist dieser Pressemitteilung beigefügt.

Rückfragen der Medien:

Kerstin Graupner

Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

pressestelle@bsu.hamburg.de

Tel. 040/42840-2051

21. November 2013/bwf21

Neubau einer Kinderklinik am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE)

Planungen aus dem Jahr 2010 vor Baubeginn auf solide Grundlage stellen, um Realisierung des Projekts zu ermöglichen

Die Kosten des Neubaus einer Kinderklinik am UKE sind im Jahre 2010 auf Basis einer vorläufigen Kostenschätzung mit 40 Millionen Euro veranschlagt worden (vgl. Drucksachen 19/7794 und 20/1315). Die Konsolidierung der Planung, auch unter Berücksichtigung verschiedener Kritikpunkte des Rechnungshofs (vgl. Jahresbericht 2013, Drs. 20/6792, Tz. 403 ff.), hat offenbart, dass dieser Kostenrahmen auf nicht hinreichend fundierten Annahmen und Prognosen basierte.

Wissenschaftsenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Hamburg und das UKE brauchen die neue universitäre Kinderklinik. Gerade darum ist es unabdingbar, die ursprünglichen Planungen aus den Jahren vor 2010, die sich als nicht belastbar erwiesen haben, vor Baubeginn auf eine solide Grundlage zu stellen und volle Transparenz über das Vorhaben zu schaffen. Einfach drauflosbauen ist keine seriöse Option. Wie bei allen Vorhaben dieser Dimension sind mit der Realisierung Chancen und Risiken verbunden, die wir der Bürgerschaft eingehend darlegen werden.“

Die Hamburgische Bürgerschaft hat den Senat mit Beschlüssen aus den Jahren 2010 und 2011 ermächtigt, Mittel in Höhe von 20 Millionen Euro für die Mitfinanzierung des geplanten Neubaus einer Kinderklinik im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) in Anspruch zu nehmen. Die verbleibenden Finanzierungsmittel sollen aus Geld- und Sachspenden sowie aus Eigenfinanzierungen des UKE aufgebracht werden. Auf Basis der seitdem gemäß den Vorgaben der Drucksache „Kostenstabiles Bauen“ (Drs. 20/6208) konsolidierten Planungen soll der Neubau nunmehr realisiert werden. Ziel ist es, im Bereich der Kindermedizin am UKE einen Standard zu erreichen, den das Neue Klinikum seit 2009 für die Versorgung von Erwachsenen vorhält. Dabei geht es insbesondere darum, den Anforderungen zunehmend komplexer Krankheiten und aufwendiger Behandlungsverfahren bei Kindern auch in Zukunft gewachsen zu sein. Um das Vorhaben realisieren zu können, erstellt der Senat derzeit eine Drucksache, in der der Bürgerschaft die tatsächlich zu erwartenden Kosten sowie die Chancen und Risiken des Projekts eingehend dargelegt werden.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher

Dr. Alexander v. Vogel

Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

22. November 2013/bwf22

Hamburger Wissenschaftspreis 2013 verliehen

Mathias Jucker erhält Preis für wegweisende Alzheimerforschung

Der Tübinger Neurobiologe Mathias Jucker bekam heute im Hamburger Rathaus vor 130 geladenen Gästen den Hamburger Wissenschaftspreis 2013 „Demenzforschung“ verliehen. Jucker wurde für seine wegweisenden Forschungen zu zellulären und molekularen Mechanismen, die für die Hirnalterung und die Entstehung der Alzheimerkrankheit verantwortlich sind, ausgezeichnet. Gestiftet wird der mit 100.00 Euro höchstdotierte Preis einer deutschen Wissenschaftsakademie von der Hamburgischen Stiftung für Wissenschaften, Entwicklung und Kultur Helmut und Hannelore Greve. Akademiepräsident Edwin J. Kreuzer gab zudem das Thema des Hamburger Wissenschaftspreises 2015 bekannt: Er wird den Nanowissenschaften gewidmet sein.

Die Zweite Bürgermeisterin, **Dr. Dorothee Stapelfeldt**, würdigte den Preis mit einem Grußwort: „Die beeindruckenden Forschungsergebnisse von Herrn Prof. Jucker belegen, wie erfolgreich Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Deutschland zusammenarbeiten. Das Geheimnis dieses Erfolges liegt meiner Überzeugung nach in der Zusammenarbeit gleichberechtigter Partner: Der Universitäten, der Max-Planck-Institute, der Fraunhofer-Institute und der Helmholtz-Zentren.“

„In allen westlichen Industrienationen nimmt die Zahl der Patienten mit Demenzerkrankungen zu. Fortschritte auf dem Gebiet der Demenzforschung werden daher dringender benötigt denn je“, begründete der Präsident der Akademie der Wissenschaften in Hamburg, **Prof. Dr.-Ing. habil. Prof. E.h. Edwin J. Kreuzer**, die Wahl des Themas für den Wissenschaftspreis 2013. „Professor Jucker gehört zu den international führenden Vertretern der experimentellen Demenzforschung in Deutschland“, so Kreuzer weiter. „Ihm und seinem Team ist es gelungen, wesentlich zur Aufklärung der grundlegenden Mechanismen der Alzheimer-Erkrankung beizutragen. Sein Forschungsansatz macht Hoffnung auf die Entwicklung präventiver Maßnahmen gegen die Alzheimer-Erkrankung.“

„Mathias Jucker ist nicht nur die Wunschbesetzung für jede Alzheimer Forschungsprofessur, sondern auch eine eindrucksvolle Persönlichkeit und ein wunderbarer Mensch“, mit diesen Worten gratulierte **Professor Dr. Michael Madeja**, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung in Frankfurt am Main dem Preisträger. „Die Forschungen von Mathias Jucker sind Wagnisse und seine wissenschaftlichen Arbeiten glänzen von Radikalität der zugrunde liegenden Idee, der These. Jede dieser Arbeiten eröffnet, fast möchte ich sagen: reißt ein neues Forschungsfeld auf. Die Klarheit seiner Vorstellungen ist im wahrsten Sinne atemberaubend.“

Der so Geehrte dankte unter anderen dem Laudator und den Stiftern des Preises sowie vor allem seinen „Mitarbeitern, ohne die unsere Forschung nicht möglich wäre. Jeder hat seinen Beitrag zu

unserem Erfolg und auch zu diesem Preis geleistet.“ Das Preisgeld möchte er für die Charakterisierung der sehr frühen Eiweiß-Aggregationskeime bei der Alzheimer-Demenz verwenden. „Hierbei zielt das Forschungsprojekt aber nicht nur auf den zugrunde liegenden Mechanismus der Entstehung solcher Aggregationskeime, sondern wir wollen auch untersuchen, inwieweit solche Aggregationskeime als frühe Indikatoren für die Erkrankung dienen können.“

Bildmaterial und weitere Informationen zur Preisverleihung und zum Preisträger unter <http://www.awhamburg.de/preise/preistraeger-2013.html>

Rückfragen der Medien:

Dr. Elke Senne
Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
Akademie der Wissenschaften in Hamburg
040/42 94 86 69 – 20
0171/933 71 60
elke.senne@awhamburg.de

Dr. Alexander von Vogel
Pressesprecher
Behörde für Wissenschaft und Forschung
040/428 63 – 23 22
alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

Der Hamburger Wissenschaftspreis

Der Hamburger Wissenschaftspreis war 2013 dem Thema "Demenzforschung" gewidmet. Die international besetzte Jury unter Vorsitz des damaligen Akademiepräsidenten Heimo Reinitzer erhielt insgesamt 16 Nominierungen. Sie wurden vorgeschlagen von Universitäten, Forschungseinrichtungen und Wissenschaftsinstitutionen aus ganz Deutschland und Österreich. Der Preis wird alle zwei Jahre vergeben und wurde für 2013 zum dritten Mal ausgeschrieben. Mit 100.000 Euro ist er der höchstdotierte Preis einer deutschen Wissenschaftsakademie. 2009 wurde er im Bereich "Infektionsforschung" verliehen und an Professor Dr. Stefan Ehlers vom Forschungszentrum Borstel und der Universität Kiel vergeben. Den Hamburger Wissenschaftspreis 2011 zum Thema "Energieforschung" erhielt Professor Dr. Ferdi Schüth vom Max-Planck-Institut für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr.

Die Akademie

Der Akademie der Wissenschaften in Hamburg gehören herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Disziplinen aus dem norddeutschen Raum an. Als Arbeitsakademie will sie dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen Fächern, Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zu intensivieren. Sie fördert Forschungen zu gesellschaftlich bedeutenden Zukunftsfragen und wissenschaftlichen Grundlagenproblemen und macht es sich zur besonderen Aufgabe, den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit anzuregen. Die Grundausrüstung der Akademie wird finanziert von der Freien und Hansestadt Hamburg. Die Akademie der Wissenschaften in Hamburg ist Mitglied in der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften. Präsident der Akademie ist Prof. Dr.-Ing. habil. Prof. E.h. Edwin J. Kreuzer.

19.11.2013/fb19a

November-Steuerschätzung 2013

Entwicklung der Hamburger Steuereinnahmen im Bundestrend – Höhere Zahlungen im Länderfinanzausgleich verringern Einnahmen 2013

Finanzsenator Peter Tschentscher hat heute die Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2013 für Hamburg vorgestellt. Trotz der wieder höheren Einzahlungen in den Länderfinanzausgleich kann Hamburg nach den Prognosen der Finanzbehörde in den kommenden Jahren weiterhin mit einem stabilen Anstieg der Steuereinnahmen rechnen, die sogar leicht über den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2013 liegen. Für das Jahr 2013 werden jedoch geringere Einnahmen erwartet, weil mit dem Zensus 2011 einmalig Nachzahlungen im Länderfinanzausgleich für frühere Jahre verbunden sind.

Die Hamburg verbleibenden Steuern stellen sich wie folgt dar:

Steuerschätzung November 2013	Schätzung		Fortschreibung			
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Millionen Euro					
Hamburg verbleibende Steuern	9.023	9.466	9.775	10.074	10.352	10.672
Abweichung gegenüber Steuerschätzung Mai 2013	- 36	+ 67	+ 46	+ 58	+ 41	
Abweichung gegenüber aktueller Haushalts- und Finanzplanung	- 173	+ 9	+ 223	+ 389	+ 494	

„Eine Anpassung des Haushaltsplans 2013 / 2014 ist aufgrund der Ergebnisse der Steuerschätzung und des aktuellen Haushaltsverlaufs nicht erforderlich“, sagte Finanzsenator Peter Tschentscher heute. Die negative Abweichung der Hamburg verbleibenden Steuern im Jahr 2013 sei überwiegend durch den Zensus-Effekt begründet und werde durch die positiven Abweichungen der Folgejahre mehr als ausgeglichen. „Der Senat wird in seiner Finanzplanung von

den günstigen Einnahmeprognosen weiterhin Vorsichtsabschläge vornehmen, um den Risiken der Konjunkturentwicklung Rechnung zu tragen“, betonte Tschentscher.

Die Steuerschätzung bezieht sich grundsätzlich immer nur auf geltendes Steuerrecht. Bei allen Annahmen ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um Prognosen auf Grundlage der aktuellen Erkenntnisse handelt. Daher ist auch die aktuelle Novembersteuerschätzung selbst für das Jahr 2013 noch mit Unsicherheiten behaftet. Bei der späteren Feststellung des tatsächlichen Steueraufkommens sind sowohl positive als auch negative Abweichungen möglich.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

21.11.2013/kb21

**DEICTOR
HALLEN**
INTERNATIONALE KUNST
UND FOTOGRAFIE
HAMBURG

Sanierung der Nordhalle der Deichtorhallen

Kultursenatorin Kisseler und Finanzsenator Tschentscher besichtigen Beginn der Sanierungsarbeiten

Nach intensiven Vorbereitungen haben jetzt die Sanierungsarbeiten an der Nordhalle der Deichtorhallen Hamburg begonnen. Die denkmalgeschützte „Halle für aktuelle Kunst“ wird bis Ende 2014 grundlegend instandgesetzt und modernisiert. Aus diesem Anlass besichtigten Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler und Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher heute Vormittag die Baustelle.

Die Sanierung wurde möglich, da die Bürgerschaft hierfür 13 Millionen Euro aus dem Sanierungsfonds 2020 bereitgestellt hatte. Für energetische Maßnahmen und hier vor allem eine energiesparende Beleuchtung steht zusätzlich rund 1 Million Euro der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zur Verfügung.

Realisiert wird das anspruchsvolle Projekt durch die städtische Realisierungsgesellschaft, ReGe Hamburg, die das renommierte Architekturbüro Sunder-Plassmann Architekten mit dem Entwurf beauftragt hat. Dabei stellt das Zusammenspiel aus denkmalgerechter Sanierung der historischen Bausubstanz und Erfüllung zeitgemäßer energetischer, konservatorischer und sicherheitsrelevanter Standards eine besondere Herausforderung dar. Die Fertigstellung ist für Ende 2014 zum 25-jährigen Jubiläum der Deichtorhallen geplant.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die Deichtorhallen zählen zu den bemerkenswertesten Baudenkmalern der Stadt. Die herausragende Architektur der Halle mit 3.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche macht diese zu einer der eindrucksvollsten Ausstellungsräume weltweit. Mit der Sanierung der Nordhalle stärken wir die Deichtorhallen als internationales Ausstellungszentrum für zeitgenössische Kunst und erhalten dieses bedeutende Denkmal der Hamburger Industriearchitektur.“

Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher: „Die Sanierung der nördlichen Deichtorhalle unterstreicht, dass der Senat auch in Zeiten knapper öffentlicher Mittel zu seiner Verantwortung für dringende Investitionen in die Hamburger Kulturlandschaft steht. Damit erhalten wir die Werte der Stadt und bauen die internationale Wettbewerbsfähigkeit Hamburgs aus. Die Deichtorhallen spielen zudem eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen Innenstadt und HafenCity.“

Dr. Dirk Luckow, Intendant der Deichtorhallen Hamburg: „Diese Investition der Stadt sehen wir als Bestätigung und Ansporn für die Zukunft. Vor allem durch die neue Beleuchtung und Klimatisierung wird die sanierte Halle den konservatorischen Standards für Ausstellungshäuser angepasst, wodurch die Deichtorhallen für Leihgeber und Publikum noch attraktiver werden.“

Bert Antonius Kaufmann, Kaufmännischer Direktor der Deichtorhallen: „Für eine Abrundung des Ausstellungsbesuchs sind im Zuge der Neustrukturierung der Flächen zusätzliche Gastronomie, ein neues Shopkonzept und attraktive Flächen für die Kulturelle Bildung geplant, die unseren lokalen, nationalen und internationalen Besuchern sicherlich gut gefallen.“

Während der Sanierungsmaßnahmen an der „Halle für aktuelle Kunst“ geht der Betrieb im Haus der Photographie und der Sammlung Falckenberg in Harburg mit attraktiven Ausstellungen und Rahmenprogramm ohne Einschränkungen weiter.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

Angelika Leu-Barthel
DEICHTORHALLEN HAMBURG GMBH
Tel.: 040 / 32103 – 250
leu-barthel@deichtorhallen.de

Hintergrundinfos:

Gründe der Sanierung

- Unzureichende Wärmedämmung und fortschreitende Feuchtigkeitsprobleme in der Bausubstanz sowie an den Fassaden, dem Dach und den Fenstern
- Technische Ausstattung entspricht nicht mehr dem Standard internationaler Ausstellungshäuser, wodurch eine Gefährdung des Ausstellungsbetriebs und Beschädigung der Kunstwerke drohen
- Die ursprüngliche Konzeption als Halle für den offenen Marktbetrieb mit nachträglich eingebauter Klimaanlage erfüllt den konservatorischen Standard von Leihgebern für hochkarätige Ausstellungsprojekte nicht mehr
- Veraltete Beleuchtungsanlage

Ziele der Sanierung

Ziel der denkmalgerechten Sanierung ist es, den Ausstellungsbetrieb auf internationalem Niveau langfristig zu gewährleisten und die „Halle für aktuelle Kunst“ als bedeutendes Denkmal zu erhalten. Deshalb werden die historische Bausubstanz saniert, die technische Ausstattung auf einen zeitgemäßen Stand gebracht und sicherheitstechnische Mängel beseitigt.

Dauer der Sanierung

Start Bauausführung: Oktober 2013

Fertigstellung: voraussichtlich Ende 2014 zum 25-jährigen Jubiläum der Deichtorhallen Hamburg

Kosten der Sanierung

Die Kosten in Höhe von 14,05 Millionen Euro werden finanziert aus dem Sanierungsfonds Hamburg 2020 der Freien und Hansestadt Hamburg (13 Millionen Euro) und Fördermitteln der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (1,05 Millionen Euro) für eine energiesparende Beleuchtung und einen wirtschaftlicheren Betrieb der Halle.

Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Einzelnen:

- Sanierung der Fassaden und des Mauerwerks
- Komplette Erneuerung der Fenster und Oberlichter in Isolierverglasung mit UV-Schutzgläsern zur Verbesserung der Anforderungen an Wärme- und Lichtdurchlässigkeit
- Wärmedämmung der Gebäudehülle
- Gewährleistung des barrierefreien Zugangs und einer schwellenlosen Ausstellungsfläche
- Erneuerung des Bodens
- Ausstattung mit einer modernen Klima- und Wärmeanlage, um die Ausstellungsbedingungen für künftige Leihgaben zu optimieren
- Erneuerung der Beleuchtungsanlagen durch besser steuerbare, energiearme LED-Beleuchtung
- Aktualisierung der Gebäudesicherheitstechnik
- Neue Anlieferungszone zum Kellerbereich mit Hebebühne zur Lagerung von Exponaten
- Erweiterung des Angebots um neue Gastronomie und Räume für kulturelle Bildung
- Einbau eines Café- und Shopbereiches
- Erneuerung der Büro- und Betriebsräume (kulturelle Bildung).

Projektbeteiligte

- **Bauherr:** Deichtorhallen Hamburg GmbH
- **Projektmanagement:** ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH
- **Planer/Architekt:** Gregor Sunder-Plassmann Architekten BDA
- **Haustechnik:** Dr. Ing. Bernd Kriegel Ingenieure GmbH
- **Lichtplanung:** Prof. Peter Andres, Beratende Ingenieure für Lichtplanung

Zahlen zur Nordhalle

- Erdgeschoss gesamt zirka 4.100 Quadratmeter (Nettogeschossfläche)
- Ausstellungsbereich zirka 3.100 Quadratmeter (Nettogeschossfläche)
- Bürobereich (Seitenflügel Ost) zirka 340 Quadratmeter (Nettogeschossfläche)
- Kulturelle Bildung zirka 170 Quadratmeter (Nettogeschossfläche)

Historie der Deichtorhallen

Das Ensemble der Deichtorhallen entstand 1906 - 1912 zur Versorgung Hamburgs als Großmarkt für den Umschlag von Obst und Gemüse in verkehrsgünstiger Lage zu Stadt und Hafen am Deichtorplatz.

Architektur

Die Markthallen wurden 1911/1912 als Stahlskelettkonstruktionen mit in Backstein ausgemauerten Außenwänden errichtet. Die größere nördliche Halle erhielt einen dreischiffigen basilikalen Aufriss, deren filigrane Stützen und Fachwerkträger aus gewalztem Stahl an Bahnhofskonstruktionen des ausgehenden 19. Jahrhunderts erinnern. Die südliche Halle wurde als stützfreier Saalraum konstruiert.

Heute zählen die Deichtorhallen als charakteristische Beispiele für den Übergang von der historistischen Architektur des 19. Jahrhunderts zur Moderne des 20. Jahrhunderts zu den wichtigsten technischen Kulturdenkmälern der Hansestadt.

Die nördliche Deichtorhalle hat eine Nutzfläche von rund 4.100 Quadratmeter, die südliche Halle umfasst 1.200 Quadratmeter.

Umnutzung zum Ausstellungshaus

Nach mehrjährigem Leerstand konnten die Hallen 1988/1989 mit maßgeblicher Unterstützung von Kurt A. Körber zu einem Ausstellungszentrum für internationale Kunst ausgebaut werden. Dieser nach Entwürfen von Josef Paul Kleihues vorgenommene Aus- und Umbau der Deichtormarkthallen hatte zum Ziel, die Filigranität der Glas- und Stahlkonstruktion sowie die ungewöhnliche Atmosphäre der Räume zu erhalten und die Hallen gleichzeitig im Inneren so auszubauen, dass sie modernen Museumsansprüchen genügen.

Zum Betrieb wurde die Deichtorhallen Hamburg GmbH als städtische GmbH gegründet.

Der achtsame Umgang Josef Paul Kleihues' mit der historischen Baumaterie, der den Geist der Halle als charakteristische Markthalle erhalten hat, wird durch das für die Sanierung ausgewählte Architekturbüro Sunder-Plassmann Architekten, Berlin, fortgeführt.

Kunst und Fotografie in den Deichtorhallen und der Sammlung Falckenberg

Seit 1989 sind die Deichtorhallen ein international renommierter Ausstellungsort für zeitgenössische Kunst und Fotografie. Mit wechselnden Ausstellungen aus den Gebieten zeitgenössische Kunst und Fotografie stellen die Deichtorhallen Hamburg ein vielfältiges Forum für die Auseinandersetzung mit

der Ästhetik der Gegenwart dar, das schon über drei Millionen Besucher für die zeitgenössische Kunst begeistern konnte. Das „Haus der Photographie“ ist seit 2005 in der südlichen Deichtorhalle angesiedelt. Den Grundstock bildet die fotografische Sammlung F. C. Gundlach. Seit Januar 2011 stärkt die Sammlung Falckenberg die zeitgenössische Kunst am Haus und erweitert die Deichtorhallen um eine Dependence in Hamburg Harburg mit rund 6.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche.

In der sich in Sanierung befindenden „Halle für aktuelle Kunst“ – mit rund 3.800 qm die größte zusammenhängende Ausstellungsfläche für zeitgenössische Kunst in Europa – werden in Großprojekten künstlerische Positionen der Gegenwart vorgestellt. Einzelausstellungen von Malern, Bildhauern und Designern mit internationalem Ruf stehen dabei im Vordergrund. Die Projekte werden dabei zumeist ortsspezifisch in enger Kooperation mit den Künstlern entwickelt.

Seit 1989 wurden so mehr als 160 große Ausstellungsprojekte realisiert. Neben umfangreichen monographischen Ausstellungen von bekannten Künstlern wie Andy Warhol, Martin Kippenberger, Louise Bourgeois oder Gilbert & George werden auch jüngeren künstlerischen Positionen immer wieder sehr früh große Ausstellungen eingeräumt wie etwa 1994 Andreas Gursky, Jonathan Meese (2006), Erwin Wurm (2007) oder Anselm Reyle (2012). Die oft spektakulär inszenierten Ausstellungen beziehen den einzigartigen Raum der offenen Deichtorhalle explizit mit ein, so das „White Bouncy Castle“ von William Forsythe 2010 und Antony Gormleys „Horizon Field Hamburg“ 2012.

Darüber hinaus werden Themen- und Gruppenausstellungen sowie große internationale Kunstsammlungen gezeigt, so die Sammlung des Centre Pompidou, die Sammlung Goetz oder jüngst die Julia Stoschek Collection oder die Sammlungen Olbricht und Falckenberg.

Auch finden in dieser Halle regelmäßig Ausstellungen mit einer programmatischen Nähe von Kultur und Alltag sowie mit kulturhistorischen Themen statt – wie z.B. die Ausstellungen „Art & Economy“ 2002 oder „Wunder“ 2011 -, die sich bewusst an ein breites Publikum wenden.

Ein umfangreiches Angebot im Bereich der kulturellen Bildung mit vielfältigen Kooperationspartnern flankiert das Ausstellungsprogramm.